

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 24.07.2025**

**Zu TOP: 7.2  
zum Stand der Kitas in der Hansestadt Stralsund  
Einreicherin: Sandra Graf, AfD Fraktion  
Vorlage: kAF 0074/2025**

Anfrage:

1. Wie entwickelt sich die Geburtenrate in Stralsund aktuell und sind in den kommenden Jahren Einbrüche zu erwarten, die Kitas unter Druck setzen könnten?
2. Gibt es in Stralsund bereits Einrichtungen, die aufgrund sinkender Kinderzahlen von einer Schließung bedroht sind oder mit einer Zusammenlegung rechnen müssen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Hansestadt Stralsund, um drohende Kita-Schließungen aufgrund sinkender Kinderzahlen zu verhindern?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Die Einwohnerstatistik der Hansestadt Stralsund zeigt, dass in den Jahren 2019 bis 2024 eine leichte Abnahme der Geburten zu verzeichnen ist. Wurden im Jahr 2019 noch 453 Kinder geboren, waren es im Jahr 2024 noch 349.

zu 2.:

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist für die Kita-Planung zuständig. Derzeit liegen der Hansestadt keine Informationen über drohende Schließungen oder Zusammenlegungen von Kindertagesstätten vor.

zu 3.:

Wie bereits mitgeteilt liegen keine Informationen über drohende Schließungen oder Zusammenlegungen von Kindertagesstätten vor. Durch die Ausweisung von Baugebieten, guten Schulen und vielen attraktiven kulturellen und sportlichen Angeboten ermöglicht und fördert die Hansestadt Stralsund Familien und den Zuzug in diese schöne Stadt.

Frau Graf hat keine Nachfrage.

Frau Kühl geht darauf ein, dass in Andershof neue Wohngebiete entstehen sollen. Der geplante Kita-Neubau solle nun nicht mehr realisiert werden. Sie erfragt, ob seitens der Verwaltung die Möglichkeit gesehen werde, die Thematik gegenüber dem Landkreis zeitnah erneut vorzutragen.

Der Oberbürgermeister ist mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden. Der Landkreis habe das Problem, dass die Auslastung der Kitas bei deutlich unter 100 % liege. Er nimmt Bezug auf das Thema kostenfreie Kita.

Inhaltlich hält er die Entscheidung des Landkreises für falsch. Es sei nicht plausibel, Flächen für Kitas in B-Plänen auszuweisen, wenn diese dann nicht errichtet werden können. Auch für die Investoren entstünden durch die Entscheidung des Landkreises finanzielle Verluste.

Es ist keine Aussprache beantragt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 06.08.2025